

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3425

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3425



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Rot-Grün liefert den Beweis:

Das Perpetuum mobile ist erfunden

Von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Jedermann (Entschuldigung: Jedes Wesen) macht täglich die Erfahrung: Je dichter Bevölkerung auf gleichbleibender Fläche zusammengepfercht wird, desto grösser wird der von dieser Bevölkerung verursachte Ressourcenverschleiss.

Die ins Land Gepferchten benötigen schliesslich Wohnraum. Und jedermann beobachtet: Quadratkilometer um Quadratkilometer hat Grünfläche dem Beton den Vortritt zu lassen. Schliesslich soll jede Person menschengerecht wohnen können.

Leisteten sich Häuserbauer früher zwischen den Wohnblöcken baumbewachsene Grünflächen, wird heute «Verdichtung» dekretiert: Jeder bebaubare Quadratmeter soll genutzt werden für von Jahr zu Jahr in laufend grösserem Ausmass benötigten Wohnraum.

24 Stunden Dichtestress

Und die zu verdichtetem Wohnen Verurteilten müssen sich täglich an Orte verschieben, wo Arbeitsplätze wenigstens ihre Anwesenheit verlangen. Für die daraus resultierenden allmorgendlichen und allabendlichen Verschiebungssorgien werden Strassen benötigt, fressen sich neue Tramlinien durch zuvor grüne Wiesen, durchschneiden Eisenbahnachsen die Landschaft – auf dass das Dichte-Erlebnis keinen einzigen all der lieben Miteinwohner irgend einmal verlassen könnte.

Dass aus den Verschiebungsübungen enormer Energiebedarf resultiert, das leuchtet jedem ein. Wird die dafür benötigte Energie auch von Halbjahr zu Halbjahr effizienter eingesetzt, so sorgt die stete Zunahme der Bevölkerungszahl dafür, dass eigentlich Eingespartes durch Neubedarf weitgehend aufgehoben wird: Voraussetzung für die obrigkeitliche Klage, es werde freiwillig zu wenig gespart; der Staat müsse eingreifen. Nur dann lasse sich Artenvielfalt in der Natur erhalten.

Dass der Dorfladen angesichts anhaltender Bauwut längst verschwunden ist, sorgt dafür, dass fürs Einkaufen in Konsumtempeln ebenfalls reichlich ehemalige Grünflächen asphaltiert und betoniert werden müssen.

Online-Verkauf soll dies ersetzen? Nicht die Spur! Auslieferung und Rücknahme der zunehmend unermesslich durchs Land gejagten Paketlawinen erfordern zusätzliche Transport- und Einlagerungskapazitäten. Der Bedarf nimmt zu – zur grossen Freude der Regulierungsgeneräle in den staatlichen Bürokratien.

Auslauf für Eingespernte

Unausweichlich ist, dass die verdichtet Eingespernten auch Auslauf benötigen. Viele haben das kaum Ressourcen übernutzende Wandern wiederentdeckt. Sie müssen immerhin ins Wandergebiet transportiert und abends von dort wieder zurückgebracht werden.

Andere suchen den Auslauf auf täglich wachsender Zahl von E-Bikes. Der Wald, einst Naherholungsgebiet, wird Kulisse für Rennpisten. Schliesslich erbringen die von der Politik gehätschelten E-Bikes Jahr für Jahr mehr Platz fordernde Leistung. Schnelle Räder verlangen nach zusätzlichem Raum, was gebieterisch nach dichterem Reglementierung ruft, auf dass Zusammenstösse vermieden, Fussgänger vor Rasern geschützt, Rennpisten sorgfältig vom anderen Verkehr getrennt werden, auf dass die Überquerung solcher Rennpisten gefahrenarm organisiert werden kann.

Regulierer am Ruder

Das Regulieren wird Trumpf. Die Obrigkeit, unermüdlich regulierend, stellt auf Kosten echt arbeitender Bürgerinnen und Bürger Heerscharen von Kontrollfunktionären, von Anordnungs-Erfindern, von Statistikern, von Freizeitüberwachern ein – und was der löblichen Staatstätigkeiten mehr sind.

Schlussendlich müssen diese Obrigkeiten nur noch für eines sorgen: Auf dass der Bedarf nach immer spitzfindigerer Regulierung nicht einschlafe, ist dafür zu sorgen, dass laufend neue Nutzer-Wesen (Entschuldigen Sie diese genderkonforme Wortwahl) in möglichst bedeutender Zahl ins Land eingeschleust werden.

Auf dass die lautstark verbreitete Forderung nach sparsamem Haushalten mit Ressourcen, nach mehr Artenschutz in der Natur, immer wieder neuen Regulierungsbedarf auslöst, haben an den Landesgrenzen die Tore für alle, für die das obrigkeitlich finanzierte Leben in der sich verdichtenden Schweiz das Ziel aller Träume geworden ist, sperrangelweit offen zu stehen. So dass jeder und jede jederzeit einströmen kann, den Regulierern, Kontrollierern, Überwachern und Steuergelder-Verschwendern das Eldorado unendlichen Wirkens sichernd.

Derweil sorgt die Obrigkeit dafür, dass den Regulierern, Kontrollierern und Anordnern in jeder Phase ordentliches Luxusleben gesichert bleibt – auf dass sie als Wählerinnen und Wähler dieser sie hätschelnden Obrigkeit auf ewig gewonnen

werden können – im Perpetuum mobile, das sich Links-Grün für immer glaubt gesichert zu haben.

Das letzte Traktandum

Eine kleine Achillesferse haftet diesem Perpetuum mobile derzeit freilich noch an: Allein die Opfer der Vollpferchung des Landes besitzen derzeit das Recht, mit ihrem Stimmzettel über die Zukunft der Schweiz bestimmen zu können. Und gelegentlich – wenn es zum Beispiel um unermessliche Explosion der CO₂-Abgaben geht – schütten diese Stimmbürger etwas Sand ins als gut geölt geglaubte Getriebe der totalen Umwälzung der Schweiz. Solche Betriebsunfälle, meinen die sozialistischen Abtöter jedes eigenständigen Charakters der Schweiz, müssten ausgeschaltet und ihre Verursacher ausgemerzt werden. Dazu müsste denjenigen unverzüglich volles Stimm- und Wahlrecht erteilt werden, die als einzige Leistung bisher bloss das (legale oder illegale) Überqueren unserer Landesgrenze geschafft hätten.

Allein so könne Links-Grün ewiges Regieren – bis über den Untergang der Schweiz hinaus – garantiert werden.

Ulrich Schluer